

## Der Baden-Württemberg-Check: Ängste und Sparzwänge



Schicht-Ende für die Saunameisterin? Nein, sagt die überwältigende Mehrheit der Baden-Württemberger – fürs Energiesparen sollten die Kommunen keine Schwimmbäder, Saunen und Thermen schließen. Foto: Sven Hoppe/dpa

# Sauna und Weihnachtsmarkt sind vielen Bürgern heilig

Energiesparen wollen die Baden-Württemberger an anderen Stellen / Nur 29 Prozent halten Finanzpolitik für solide

**Zur Serie**

Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Sorgen und Ängste bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die

Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammengeschlossen. Die Meinungsforscher befragten mehr als 1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu



erhalten. Im elften Teil des Baden-Württemberg-Checks geht es um drängende Fragen wie das Energiesparen und die schwierige Finanzpolitik.

So pessimistisch zeigten sich die Baden-Württemberger noch nie: Nur noch 21 Prozent blicken mit Hoffnungen den nächsten zwölf Monaten entgegen. Das sind so wenige wie bei keiner Umfrage zuvor, betonen die Meinungsforscher des Instituts für Demoskopie Allensbach. Im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen erkundeten sie die Stimmungslage im Land. Dass der Krisenmodus inzwischen schon Normalzustand ist, jagt den Menschen immer mehr Angst ein.

**Furcht nimmt stark zu**

Zu Jahresbeginn 2022 schauten nur 19 Prozent der Erwachsenen im Südwesten mit ausgeprägten Befürchtungen in die Zukunft – inzwischen hat sich ihr Anteil glatt verdoppelt, auf 38 Prozent. Weitere 29 Prozent sind von einer skeptischen Stimmungslage getragen. Insgesamt zwei Drittel der Baden-Württemberger erwarten von der nahen Zukunft also offensichtlich nichts Gutes. „Der Eindruck, dass sich immer neue Krisen einstellen, ohne dass die bisherigen gelöst sind, sorgt für dieses historische Stimmungstief“, so erklären sich die Meinungsforscher das ungewohnte Bild im einstigen Musterland.

**Das Gefühl von Reichtum**

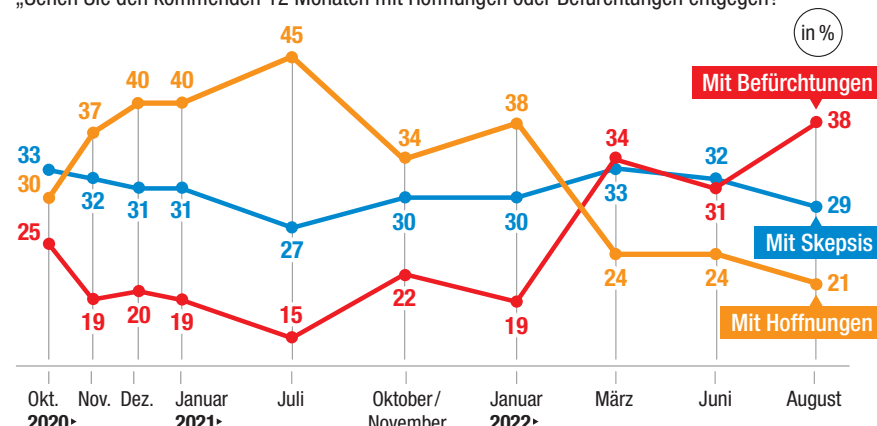
Trotz dieser düsteren Einschätzung haben viele Bürger offensichtlich immer noch das Gefühl, in einem wohlhabenden Land zu leben: 47 Prozent der Befragten bewerten die Finanzlage Baden-Württembergs als gut bis sehr gut – wenn es um die eigene Wohngemeinde geht, sind es sogar 50 Prozent. Lediglich acht Prozent der Befragten betrachten die Kasenslage im Südwest-Bundesland als „gar nicht gut“.

Allerdings haben immer mehr Menschen die Sorge, dass die Staatsfinanzen im Südwesten nicht in guten Händen sind: Nur noch 29 Prozent der Erwachsenen bescheinigen der grün-schwarzen Landesregierung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) eine solide Finanzpolitik.

Das Vertrauen ist damit seit 2015 in alarmierend hohem Maß gesunken – damals bewerteten noch 47 Prozent der Befragten die Finanzpolitik als solide. Gestiegen ist seither auch der Anteil der un-

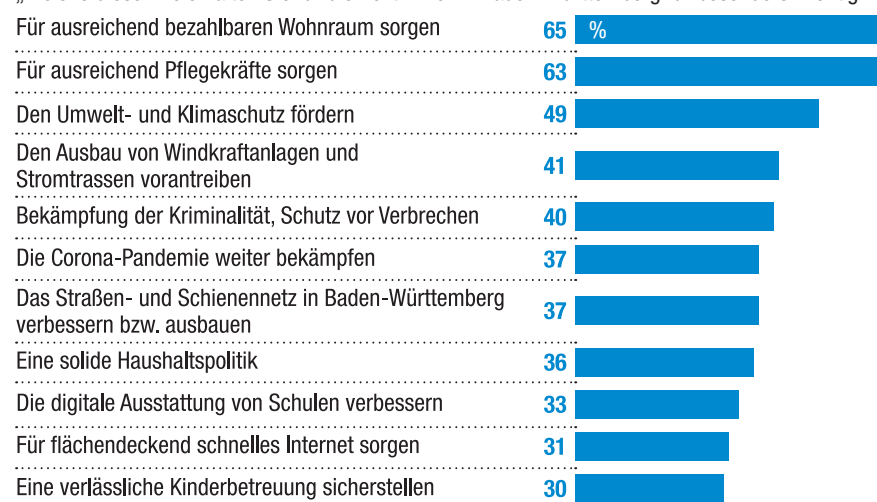
**Im Stimmungstief**

„Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“



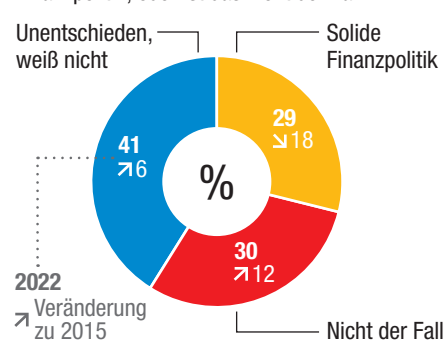
**Die politischen Prioritäten der Bevölkerung**

„Welche dieser Ziele halten Sie für die Politik hier in Baden-Württemberg für besonders wichtig?“



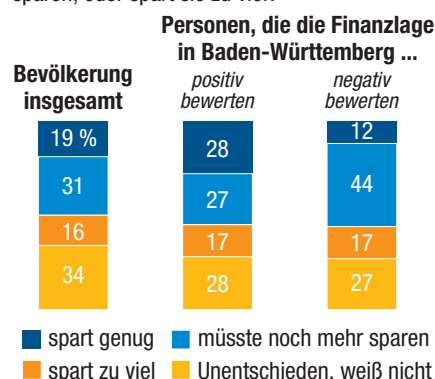
**Ambivalentes Urteil über die Finanzpolitik**

„Macht die Landesregierung in Baden-Württemberg Ihrer Meinung nach eine solide Finanzpolitik, oder ist das nicht der Fall?“



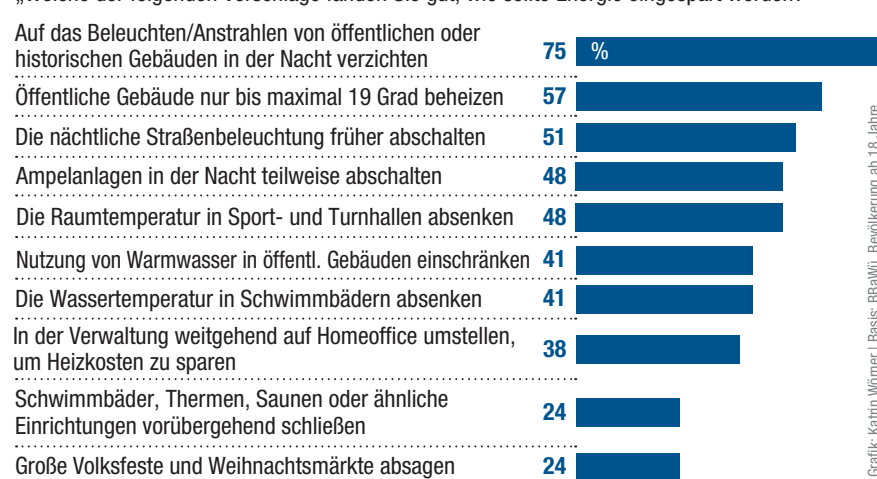
**Ein strikter Sparkurs**

„Spart die Landesregierung Ihrer Meinung nach genug, oder müsste sie noch mehr sparen, oder spart sie zu viel?“



**Energiesparen in den Kommunen**

„Welche der folgenden Vorschläge fänden Sie gut, wie sollte Energie eingespart werden?“



entschlossenen Bürger, die sich gar kein Urteil mehr über die obersten Kassenwarte zutrauen: 41 Prozent sind es aktuell. Nur 30 Prozent beurteilen die Haushaltspolitik klar als unsolid.

**Neue Schulden: unvermeidlich**

Deshalb gibt es auch keinen klaren Ruf nach eisernem Sparen. Nur 31 Prozent der Befragten meinen, die Landesregierung müsste noch mehr Geld einsparen. 16 Prozent meinen sogar, Baden-Württemberg spart zu viel, weitere 19 Prozent finden, das Land spare genug.

Eine Art Schicksalsergeblichkeit gibt es beim Thema neue Schulden. Eine Mehrheit von 54 Prozent ist der Ansicht: Neue Kredite sind im Doppelhaushalt 2023/24 unumgänglich. Nur 27 Prozent sind der Auffassung: Es geht auch ohne neue Schulden.

**Verzichten? Nicht im Thermalbad**

Wenn es um das heikle Thema Energiesparen am eigenen Wohnort geht, entscheiden sich die meisten befragten Bürger für Maßnahmen, die wenig wehtun. „Wie sollte Energie gespart werden?“, auf diese Frage stimmt eine absolute Mehrheit von 75 Prozent für den Vorschlag: Auf das nächtliche Anstrahlen von öffentlichen und historischen Gebäuden verzichten. Das ist der klare erste Platz.

Dass öffentliche Gebäude nur auf eine Raumtemperatur von 19 Grad geheizt werden, fänden 57 Prozent der Befragten in Ordnung. Für ein früheres Abschalten der Straßenlampen können sich 51 Prozent erwärmen. Das bedeutet Platz drei auf der Liste der beliebtesten Energiespar-Vorschläge.

**Adventsbuden statt Ampeln**

Immerhin 48 Prozent der Bürger sind dafür, nachts Ampelanlagen abzuschalten – aber nur halb so viele würden den Sparkurs auf Freizeitvergnügen in Saunen und auf Weihnachtsmärkten ausdehnen: Nur 24 Prozent sprechen sich angesichts der Energiekrise für die vorübergehende Schließung von Schwimmbädern, Saunen und Thermen aus. Große Volksfeste und Weihnachtsmärkte würden ebenfalls nur 24 Prozent der Baden-Württemberger absagen. Ob sie einfach nicht auf das persönliche Freizeitvergnügen verzichten wollen oder ob sie vor allem wirtschaftliche Einbußen für diese leidgeprüften Branchen fürchten – darüber kann nun spekuliert werden.

Ein deutliches Stadt-Land-Gefälle ist beim Thema Energiekrise auch festzustellen. Die Angst, dass sie persönlich von Sparmaßnahmen ihrer Wohngemeinde betroffen sein könnten, ist bei Dorfbewohnern deutlich geringer ausgeprägt als bei Stadtmenschen: 52 Prozent der Bewohner von Großstädten fürchten, dass sie Opfer von solchen Einschränkungen werden – aber nur 33 Prozent der Menschen auf dem Dorf.

**Wohnen kommt vor Klimaschutz**

Während die bundespolitische Debatte aktuell vor allem um die Energiekrise kreist, erwarten die Baden-Württemberger von Kretschmann und Co ohnehin die Lösung anderer drängender Aufgaben. Der schwierige Wohnungsmarkt bereitet einer großen Mehrheit aktuell Sorgen: 65 Prozent halten es für ein besonders wich-

tiges politisches Ziel, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Das bedeutet Platz eins auf der Prioritätenliste.

Ähnlich besorgniserregend ist offensichtlich der Personalmangel in der Pflege: 63 Prozent fordern, dass die Landespolitik für ausreichend Pflegekräfte sorgt. Der Umwelt- und Klimaschutz rangiert mit deutlichem Abstand erst dahinter auf Platz drei (49 Prozent). Auf Platz vier und fünf folgen der Ausbau von Windkraftanlagen und Stromtrassen (41 Prozent) und der Kampf gegen die Kriminalität (40 Prozent).

**Digitale Schule nebensächlich**

Im dritten Jahr der Corona-Pandemie treiben die Seuche und ihre möglichen Folgewirkungen aktuell nur eine Minderheit der Menschen im Südwesten stark um: 37 Prozent der Befragten räumen der Pandemie-Bekämpfung derzeit noch eine hohe Priorität ein.

Auch die Sorge, dass Baden-Württemberg und seine Kinder den Anschluss an die digitale Welt verlieren, scheint an Schrecken verloren zu haben: 33 Prozent der Erwachsenen halten die digitale Ausstattung der Schulen für ein besonders wichtiges Ziel.



Der Klassenbeste: Danyal Bayaz (rechts) mit Landesvater Kretschmann Foto: dpa

**Musterschüler Bayaz**

Wer die politischen Entscheidungen in ihrem Bundesland maßgeblich managt – das wissen viele Baden-Württemberger nicht. Nur Ministerpräsident Winfried Kretschmann und sein Stellvertreter, Innenminister Thomas Strobl (CDU), genießen einen Prominenten-Status. Den grünen Landesvater kennen 86 Prozent der Befragten. Strobl erreicht einen Bekanntheitsgrad von 58 Prozent. Alle anderen Minister sind der Mehrheit der Befragten unbekannt.

Unter den Neuern im Kabinett hat sich Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) bisher den größten Bekanntheitsgrad erarbeitet: 19 Prozent der Befragten kennen den 38-Jährigen. Bei Justizministerin Marion Gentges (CDU) sind es nur acht Prozent. Die Finanzlage kreiden die Bürger offensichtlich aber nicht Bayaz persönlich an.

Die Noten für die Minister bewegen sich allesamt zwischen befriedigend und ausreichend. Musterschüler ist für die Befragten am ehesten Bayaz: Er bekommt von denjenigen, die ihn kennen, die Schulnote 3,1. Das schlechteste Zeugnis stellen die Bürger Sozialminister Lucha mit Notenschnitt 3,7 aus. Landesvater Kretschmann erhält nur eine 3,4. Elvira Weisenburger

Graphic: Katrin Wöhrer. Basis: BSWU, Bevölkerung ab 18 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, ID-Umfrage 61644V